

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigentell: Edward Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die übergespaltene Normpreissetze über deren Raum 1 Mk.  
Arbeitervermittlungen 2 Mk. pro Zeile.  
Verbandsanzeigen 75 Pf. pro Zeile.

### Eine Kampfansage der Scharmacher.

In einem Aufruf, den auch wir in Nummer 33 der „Holzarbeiter-Zeitung“ abgedruckt haben, hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf die Nöwendigkeit hingewiesen, durch eine ausreichende Lohnerhöhung einen Ausgleich für die sich steigernde Teuerung zu schaffen. Auf diesen Aufruf haben die organisierten Unternehmer mit einer Kundgebung in der Presse geantwortet, die wertlos ist, wörtlich wiedergegeben zu werden. Die Erklärung lautet:

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, die sich mit der allgemeinen Lohnbewegung aus Anlaß der Brotpreiserhöhung beschäftigt. Er gibt in dieser Erklärung zu, daß Lohnerhöhungen auf neue preissteigernde Wirten müssen, sucht aber die Verantwortung für die mit erneuten Anziehen der Lohnschraube zwangsläufig eintretende allgemeine Preiserhöhung mit dem Hinweis darauf abzutun, „daß der Arbeiter doch leben müsse, um arbeiten zu können“.

Auf Grund eingehender Verhandlungen im Großen Ausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 10. d. M. hat der Tarifsausschuß der Vereinigung sich mit dieser Erklärung und mit den Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohn- und Gehaltserhöhung beschäftigt und die mit unverantwortlicher Übertreibung der Dinge in der Öffentlichkeit geführte Agitation sowie die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt erklärt.

Es ist nicht richtig, daß die bevorstehende Brotpreiserhöhung eine solche Verteuerung der Lebenshaltung bringt, daß bestehende Lohnvereinbarungen gebrochen werden müßten, zumal die Arbeitgeber ihrerseits darauf verzichtet haben, in Zeiten sinkender Lebenshaltungskosten eine Herabsetzung der Löhne zu verlangen und die bestehenden Lohnsätze zum erheblichen Teil unter Berücksichtigung noch höherer Lebenshaltungskosten (Januar 1921) vereinbart sind.

Es ist auch nicht richtig, daß das Anziehen der sonstigen Kosten der Lebenshaltung ein solches Ausmaß angenommen hat, daß sich die sofortige Kündigung der Tarife und die neuen Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhung damit rechtfertigen lassen.

Eine lediglich auf die Kosten der Lebenshaltung abgestellte Lohnpolitik kann die deutsche Volkswirtschaft nach Annahme des Ultimatums nicht mehr verantworten. Wenn bei Erneuerung von Tarifverträgen die Verhältnisse eine Revision der Lohnsätze rechtfertigen sollen, muß vor allem auch die erste Lage unserer Wirtschaft, wie sie sich unter dem Druck des Ultimatums gestaltet hat und noch weiter gestalten wird, berücksichtigt werden. Dabei bedarf es der in den weiten Kreisen der Öffentlichkeit und nicht zuletzt der Arbeiterschaft noch fehlenden Einsicht, daß der durch das Ultimatum der Entente auf der deutschen Wirtschaft lastende Druck auch die vor dem Krieg möglichst gewesene allgemeine Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrückt, und daß ohne eine Steigerung der Arbeitsleistung eine Hebung der heutigen Lebenshaltung für den einzelnen und für die Gesamtheit nicht zu erwarten ist.

Die deutsche Volkswirtschaft wird deshalb in Zukunft höhere Aufwendungen für die Entlohnung nur dann machen können, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zweck auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freige macht wird.

Das ist eine Kampfansage, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Der Auffassung, als ob die Forderung einer Lohnerhöhung durch die Gestaltung der Lebenshaltungskosten nicht gerechtfertigt sei, hat man übrigens in der Presse der Scharmacher bereits vorwardositen gesucht. So hat die „Arbeitgeber-Zeitung“ kürzlich umfängliche Berechnungen angeführt, bei denen sie unter Benützung der Reichsteuerungszahlen zu dem Ergebnis kam, daß gegenüber dem Stand von 1914 die Tariflöhne um 852 Prozent, der Lebensunterhalt jedoch nur um 715 Prozent gestiegen sei. Sie zieht daraus den Schluß: „Es kann also mit Fug und Recht behauptet werden, daß die Lebenshaltung des Arbeiters mit der Teuerung mindestens gleiche Schritt gehalten hat. Selbstverständlich muß auch die Arbeiterschaft ebenso wie jede andere Bevölkerungsgruppe an sich den Entbehrungs faktor geiten lassen.“

Das ist zur Not auch ein wenig wahr. Die Kreise, welche ihre Interessen durch die „Arbeitgeber-Zeitung“ vertreten lassen, denken gar nicht daran, den Entbehrungs faktor gegen sich gelten zu lassen. Ihre Speisefamiliern und Feinkeller, der üppige Luxus, mit dem sie sich umgeben, reden eine andere Sprache. Die Klagen der Feinkosthändler, der Betrieb in den großstädtischen Schaufenstern, das alles beweist doch, daß die Verhältnisse, die von dem Schweiß der Arbeiter leben, gar nicht daran denken, gegen sich den Entbehrungs faktor gelten zu lassen. Das überläßt man nur den Arbeitern, die den Reichum schaffen, der trotz der Not des Vaterlandes so sinnlos verprascht wird.

Die erwähnte Reichsteuerungszahl, das heißt, die vom Statistischen Reichsamt berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist übrigens im Monat Juli auf 968 gestiegen. Die Juli-Indexziffer geht um 67 Punkte über diejenige des Vormonats hinaus und übertrifft auch die bisher höchste Indexzahl (vom Januar dieses Jahres) um 39 Punkte, so heißt es in der amtlichen Mitteilung. Diese Reichsteuerungszahlen umfassen die Ausgaben einer Familie für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung; nicht berücksichtigt sind die Ausgaben für Bekleidung und sonstige Bedürfnisse. Die absoluten Zahlen besagen also nichts, sie erhalten ihre Bedeutung nur durch den Vergleich miteinander. Aber auch in dieser Beschränkung muß ihr Wert angezweifelt werden. Dr. Arthur Seichen stellt darüber im „Berliner Tageblatt“ recht beachtenswerte Betrachtungen an. Die Reichsindexziffer komme zu irreführenden Ergebnissen, sagt er. Zu ihrer Entstehung hätten vornehmlich politische Gründe den Anlaß gegeben, und ihre Konstruktion sei darauf zugeschnitten, die wirkliche Teuerung nicht voll in Erscheinung treten zu lassen. Im Ausland erwecken diese Zahlen ein ganz falsches Bild von den Teuerungsverhältnissen in Deutschland, sie lassen nämlich diese bei weitem nicht in vollem Maße erkennen. Das bewirke einmal das Außerbetrachtlaffen der weit über den Durchschnitt gestiegenen Kosten für die Bekleidung, vor allem aber der Umstand, daß sie bei der Ernährung nicht von der Lebenshaltung der Vorkriegszeit ausgehen, sondern von dem Kalorienbedarf. Der in Kalorien ausgedrückte Nährwert der einzelnen Lebensmittel wird untersucht und dementsprechend werden zur Berechnung des Lebensmittelbedarfs immer die billigen Waren ausgesucht. Damit wird der oben erwähnte „Entbehrungs faktor“ gleich in die Statistik hineingebracht. In Wirklichkeit beträgt die Teuerung nicht, wie die Reichsindexziffern besagen, das Neun- bis Zehnfache der Friedenspreise, sondern das Dreizehn- bis Fünfzehnfache. Zum Beweise beruft sich Seichen auf die Berechnungen von Calmer, die von einer festen Friedensration ausgehen und die ergeben, daß die Lebensmittelpreise im Durchschnitt der Monate Juni und Juli 1921 sich zu denen der gleichen Monate 1914 verhalten wie 1428:100, das heißt, sie sind 14,28 mal so hoch. Ein ähnliches Ergebnis zeigen die Großhandelsindexziffern der „Frankfurter Zeitung“, die für den 2. Juli eine Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit um 1468 Prozent ergeben.

Inzwischen hat die „Frankfurter Zeitung“ ihre Berechnungen der Großhandelspreise nach dem Stand von Anfang August veröffentlicht. Diese Berechnungen, die das Blatt schon seit längerer Zeit anstellt, stützen sich auf die Preise für 77 Waren. Der Friedensindex dieser Waren betrug 9,23. Bis zum 2. Juli war er auf 135,4 gestiegen und für den 8. August ergab sich die sprunghafte Erhöhung auf 156. Setzt man den Friedensindex gleich 100, dann betragen die Preise zu Anfang des Jahres 1920 1083, am 5. August 1921 aber 1690. Das besagt, die Preise sind gegenüber der Vorkriegszeit um fast das Siebzehnfache gestiegen. Es handelt sich hier um Großhandelspreise, die sich im Kleinhandel etwas langsamer auswirken. Die außergewöhnlich starke Preissteigerung der Großhandelspreise im letzten Monat deutet an, daß wir für die nächste Zeit mit einem sehr starken Anziehen der Preise im Kleinhandel rechnen müssen.

Diese Preissteigerung ist in hohem Maße eine Folge des sinkenden Wertes der Mark. Die für die nächste Zeit zu erwartenden neuen Steuern sind dabei noch gar nicht berücksichtigt; sie werden ein weiteres steiles Steigen der Preiskurve im Gefolge haben. Wenn wir jetzt eine Erhöhung der Löhne fordern, dann nicht allein, weil das Brot teurer geworden ist. Es wäre lächerlich und irreführend, wollte man sich darauf einlassen, festzustellen, um welchen Betrag die Brotverteuerung das Arbeiterbudget belastet und danach die erforderliche Lohnzulage bemessen. Die neue Teuerungswelle berührt nicht nur das Brot, sondern alle Lebenshaltungskosten. Die Ernährungs kosten allein waren schon im Juli gegenüber der Vorkriegszeit um etwa das Fünfzehnfache gestiegen und diese Steigerung macht seither rapide Fortschritte.

Wo sind die Arbeiter, die ihren Lohn in der gleichen Weise gesteigert haben? Die „Arbeitgeber-Zeitung“ hat, gewiß nicht zu knapp, die durchschnittliche Steigerung der Tariflöhne auf 852 Prozent berechnet. Sie müßten nahezu verdoppelt werden, sollen sie mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten gleichen Schritt halten. Die Arbeiter sind aber gar nicht so vermessend, derartige Forderungen zu stellen; sie lassen eben den „Entbehrungs faktor“ ganz von selbst in sehr starkem Maße gegen sich gelten.

Aber nun erst die oben wiedergegebene offizielle Kampfansage der Scharmacher. In dürren Worten wird hier erklärt, daß der Arbeiter keinen Anspruch habe, sich satt zu essen; das verheißt die Lage der Volkswirtschaft, richtig gesagt, das Profitedürfnis des Unternehmertums. Trotz des Hungers soll die Arbeitsleistung gesteigert werden, das heißt, Fort mit dem Achtstundentag! Die Tarif- und Lohnpolitik soll von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigemacht werden. Das heißt, Fort mit dem Betriebsratsgesetz, Fort mit den Tarifverträgen! Der Unternehmer soll allein dort im Paradies sein, er allein soll die Arbeitsbedingungen und die Lohnhöhe bestimmen, die Arbeiter sollen

sich kuscheln wie stumme Hunde und ihrem Ausbeuter schließlich noch dankbar die Hand lecken für die Brotsamen, die er ihnen hinwirft.

Die Arbeiter müssen sich klar darüber sein, was hinter den sorgsam gewählten Worten der Scharmacher steckt. Es wäre Selbstbetrug, wollte man darüber hinwegsehen und Trost suchen, in der Meinung, es werde so schlimm nicht werden. Die frechen Worte des Unternehmertums muß die Arbeiterschaft wie Peitschenhiebe ins Gesicht empfinden. Die Scharmacher fühlen sich wieder, sie glauben den Arbeitern jede Schmach antun zu können. Leider gibt die Uneinigkeit der Arbeiter den Herren eine gewisse Berechtigung zu der Annahme, daß ihre Zeit gekommen sei. Der Übermut der Scharmacher muß die Arbeiter zur Selbstbestimmung zurückrufen. Eure Uneinigkeit, euer Zwist, euer Bruderkrieg haben den Feind frech und übermütig gemacht. Laßt euch das zur Lehre dienen: Einer einzigen Arbeiterschaft gegenüber wird das Unternehmertum eine solche Sprache nicht zu führen wagen.

### Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Die schon im Vormonat eingetretene Besserung der Geschäftslage hat im Monat Juli weitere Fortschritte gemacht. Das „Reichs-Arbeitsblatt“ nennt das Textil- und Bekleidungs gewerbe als solche, die von der Belebung des Geschäftsganges in erster Linie betroffen wurden; auch in der Eisenindustrie habe sich eine Steigerung des Auftragsenganges gezeigt. Nicht ganz zutreffend scheint es zu sein, wenn damit weiter gesagt wird, daß sich die Besserung im wesentlichen auf diese Industrien beschränke. Man hat sie auch mehr oder weniger in anderen Industriezweigen verspürt; insbesondere auch in der Holzindustrie. Allerdings sind es erst Spuren einer Besserung, die sich bemerklich machen. Dazu gehörte freilich nicht viel, denn die Lage hatte sich hier so ungünstig gestaltet, daß auch eine kleine Besserung ein erhebendes Aufatmen verursacht, obwohl trotz dieser Besserung die Lage noch weit entfernt ist, als gut bezeichnet werden zu können.

In dem auf die Berichte von Unternehmern aus den verschiedenen Zweigen des Gewerbes gestützten Urteil sagt das „Reichs-Arbeitsblatt“, daß die Beschäftigungslage des Holzgewerbes nicht einheitlich sei; sachliche und örtliche Verschiedenheiten machen sich geltend, es sei ein starkes Überwiegen der Betriebe mit schlechtem Geschäftsgang zu verzeichnen. Die Sägewerke klagen noch über schlechten Absatz, doch hat sich die Beschäftigungslage in Süd- und Mitteldeutschland zum Teil besser gestaltet. Die Ristenfabriken sind größtenteils sehr schlecht beschäftigt. In der Möbelindustrie hat sich die Lage nicht wesentlich gebessert, doch kämen aus einer Reihe von Bezirken (es werden Hannover, Westfalen, Hessen, Thüringen, einige bayerische Bezirke, Württemberg und Baden genannt) günstiger Nachrichten. Schlecht steht es in der Korbmöbelindustrie, und die Kinderwagenindustrie hat wohl einen befriedigenden Inlandsabsatz, aber das Auslandsgeschäft, das für diese Industrie große Bedeutung hat, läßt sehr zu wünschen übrig. In der Klavierindustrie machen sich Anzeichen einer Belebung des Außenhandelsgeschäftes bemerklich. Wenig günstig ist die Lage in der Spielwarenindustrie, dagegen hat sich der Geschäftsgang in der Büstenindustrie wesentlich gehoben. In der Kammerindustrie läßt das Geschäft zu wünschen übrig, und auch in der Bleistiftindustrie wird noch vielfach verküppelt gearbeitet.

An der monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie, die vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstaltet wird, haben sich im Monat Juli 153 Betriebe beteiligt. Das Ergebnis zeigt die nachfolgende Übersicht:

Berufszweig	Beschäftigte im Monat Juli 1921	Beschäftigungsgrad				Beschäftigte im Juli 1921	Beschäftigte im Juli 1920						
		voll	teilw.	unbeschäftigt	leer								
Möbel	99	6034	88	99	2392	4	568	11	2129	16	2698	8	644
Hau und Möbel	10	1893	51	52	57	1	232	2	595	5	738	3	327
Feine Möbel	2	414	50	—	20	1	204	—	—	—	—	1	210
Küchenmöbel	2	257	17	—	431	—	—	1	100	—	—	1	157
Hau	4	548	8	20	227	—	—	2	382	1	46	1	168
Stühle	11	1077	4	5	158	1	—	—	—	5	515	5	470
Pianos u. Flügel	19	3757	21	52	1794	—	—	1	54	12	2238	6	1465
Const. Musikinstr.	4	885	5	11	353	—	—	2	70	—	—	2	193
Bücher u. Plafel	13	3200	41	7	72	1	253	1	167	10	2581	1	402
Bleistifte	4	2038	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	2038
Perlen	8	8465	25	143	280	—	—	3	1384	4	1639	2	443
Sägewerke	16	2183	87	—	308	3	507	5	657	6	876	2	143
Boggen	9	3814	22	17	68	1	140	4	1429	3	1406	1	846
Sports, Kinderm.	2	636	22	12	22	—	—	—	—	—	—	—	—
Automobile	8	201	3	—	36	—	—	1	112	3	148	—	—
Maschinen	2	1175	14	13	28	2	340	5	631	—	—	1	204
Zusammen	153	10454	156	453	7440	14	2333	39	3822	64	12883	37	7708
Im Vormonat	151	10688	561	383	7496	10	3144	30	6207	62	11817	41	10020

Die Zahl der Beschäftigten und der leeren Plätze hat sich gegenüber dem Vormonat nur wenig geändert. Während im Juni die Zahl der Eingestellten die der Entlassenen nicht unwesentlich überstieg, halten sich diesmal beide Zahlen so ziemlich die Waage. Das ist kein günstiges Zeichen. Dagegen







Zulagen haben sie 90 Pf. angeboten; ab 15. August 50 Pf. und am 15. September und 15. Oktober je 20 Pf. Eine endgültige Vereinbarung ist noch nicht getroffen.

In Pommern gibt es drei Arbeitgeber-Organisationen, die aber zusammen nur für wenige Orte in Betracht kommen; soweit die Unternehmer organisiert sind, gehören sie meist örtlichen Organisationen an. Unter solchen Umständen wird es nicht ganz leicht werden, den Landestarifvertrag abzuschließen.

Für Hessen und Hessen-Nassau wurde am 12. August in Frankfurt a. M. verhandelt. Man hat sich darüber geeinigt, daß die sechste Klasse fortfällt. Für die ersten fünf Klassen ist die Arbeitgeber-Eigenlöhne von 7,50, 6,90, 6,50, 6,10 und 5,80 Mt. Eine Verständigung ist darüber noch nicht erzielt; auch über die Klasseninteilung der Stände sind sich die Parteien noch nicht einig.

In Rheinland-Westfalen ist, wie bereits berichtet, mit dem Rheinisch-Westfälischen Tischler-Zunftsverband in dessen einzelnen Lohngebieten verhandelt worden. Am 13. August wurde für das Lohngebiet Sauer- und Siegerland verhandelt. Es wurde eine Verständigung auf der Grundlage erzielt, daß sofort 65 Pf. und am 15. September weitere 25 Pf. Lohnsteigerung gezahlt werden.

Neue Lohnvereinbarungen in der Stockindustrie.

Table with 3 columns: Age group, Male wage, Female wage. Rows include 'Von 16 bis 18 Jahren', '18 bis 20', '20 bis 22', and 'über 22 Jahre'.

Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren beträgt der Zuschlag 25 Mt. Die Zuschläge gelten für unbestimmte Zeit, bis die Minderjährigkeit besteht, bei steigender Leistung weitere Forderungen zu stellen.

In Berlin wurde für die Klavierarbeiter nach wiederholten Verhandlungen eine vom 1. August an zu gewählende Zulage von 12 1/2 Prozent auf alle Löhne und Verdienste vereinbart. Der Stundenlohn für Facharbeiter beträgt jetzt 6,75 Mt.

In Hamburg wurden die Vergelder ab 1. Juli 1921 ihren Lohn um 10 Prozent auf 6,50 Mt. Die Rahmenvergelder haben ab 15. Juli einen Eigenlohn von 6,00 Mt. Die Stadtmacher erhöht ab 1. August 1921 ihren Mindestlohn um eine Mark auf 7 Mt.

In Isehoe stellten die Arbeiter am 15. August die Arbeit ein, da die Auszahlung des Grund des abgeschlossenen Landestarifvertrages zu gewöhnlichen Verbesserungen am Lohngehalt nicht erfolgte.

In Oldenburg konnte der Streit erfolgreich beendet werden. Dort hatten die Arbeitgeber sich geweigert, den Landestarifvertrag anzuerkennen. Nunmehr haben sie sich gefügt, so daß die Arbeit wiederaufgenommen werden konnte.

In Roth b. Nürnberg wurde durch Verhandlungen, die schließlich zur Anrufung des Schlichtungsausschusses führten, eine Erhöhung des Lohnes der Schreiner um 20 Prozent erzielt. Der Stundenlohn steigt damit auf 5,30 Mt.

In Speyer stehen die Arbeiter, darunter eine Anzahl Holzarbeiter in den Pfalz-Flugzeugwerken A.G. sowie in deren Tochtergesellschaften Akt.-Ges. für den Bau moderner Antriebsmaschinen (Alma) und Bleiwalzwerk A.G. seit dem 15. August im Streit.

Aus der Holzindustrie.

Der christliche Holzarbeiter-Verband eine Streikbrecherorganisation!

In Nummer 31 der 'Holzarbeiter-Zeitung' haben wir die Vorgänge bei dem Sägerstreik in Landsberg a. Lech besprochen und an den Zentralvorstand des christlichen Holzarbeiter-Verbandes die Frage gerichtet, ob er die Tätigkeit seines Bezirksleiters Eitenhofer als Streikbrecher billigt.

Wir finden darin einen über drei Spalten langen Artikel: 'Zu den Ereignissen in Landsberg a. Lech'. Aus dem langen Gemisch stellen wir fest, das Geständnis, daß bis zum Ausbruch des Streiks unser (der christliche) Verband in Landsberg keine Zahlstelle hatte, sondern dort nur einige Schreiner, die als Mitglieder der Zahlstelle München angehört haben.

Das christliche Blatt bestreitet, daß der Eitenhofer von Haus zu Haus gegangen sei, um Streikbrecher zu werden, und behauptet, daß die Zahl der zum christlichen Verband übergetretenen Streikbrecher größer gewesen sei, als wir angegeben haben.

Wir stellen also auf Grund des eigenen Geständnisses der Christen fest, daß der christliche Verband in Landsberg keine Zahlstelle und unter den in Betracht kommenden Sägern nicht einmal ein Mitglied hatte. Der christliche Bezirksleiter hat telefonisch, daß unter den Streikenden einige sind, die beabsichtigen, Verrat an ihren Kollegen zu üben.

Dieses schmierige Benehmen wird vom Zentralvorstand des christlichen Holzarbeiter-Verbandes gedeckt! Am Schluß des erwähnten Artikels heißt es: 'Nach diesen Darlegungen entfällt für den Zentralvorstand unseres Verbandes jeder Grund, dem Verlangen der sozialdemokratischen 'Holzarbeiter-Zeitung' zu entsprechen und sich zu der Tätigkeit seines Bezirksleiters zu äußern.'

Zur Lage der Sägewerksindustrie.

Von einem Kollegen aus der Sägewerksindustrie wird uns geschrieben: In der Nummer 187 des 'Holzmarkt' vom 6. August wird ein Artikel mit der Überschrift: 'Zur Lage der Sägewerksindustrie in Sachsen' veröffentlicht, in welchem über die niedrigen Schnitzholzpreise geklagt wird.

Heute arbeiten die Sägewerke doch nur für die Arbeiter, die in aller Kürze auf der ganzen Linie mit sehr erheblichen Lohnforderungen kommen werden, für den Waldbesitz, die Eisenbahn und den Steuerstatus und — nicht zu vergessen — die Banken.

Die Schriftleitung des Blattes tritt in einer längeren Anmerkung zu dem Artikel gleichfalls sehr eifrig für die Betriebsbeschränkungen ein. Selbstverständlich entrüstet sie sich über den Achtstundentag, das hindert sie aber nicht, sogleich der Betriebsbeschränkung das Wort zu reden, wobei die Eisenindustrie als Vorbild hingestellt wird.

Nein, nicht das Interesse der Arbeiter erfordert solches, sondern das der Unternehmer. Man will den Markt vom Angebot entblößen, die Nachfrage künstlich steigern, um dann hinterher bei gesteigerter Nachfrage um so mehr herauszuholen.

Gewerkschaftliches.

Die Stillvergnügten.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben nach der in Nr. 15 vom 1. August ihres Zentralorgans veröffentlichten Übersicht im Jahre 1920 ihre Mitgliederzahl von 189 831 auf 225 998 gesteigert. Die Leitung der Gewerksvereine ist auf diesen Erfolg sehr stolz.

Table with 4 columns: Category, 1913, 1919, 1920. Rows include Metallarbeiter, Fabrik- und Handarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter, Lederarbeiter, Schneider, Fleischer, Labararbeiter, Straßenbahner, Berliner Portiers, Schiffsfahrangestellte, Frauen und Mädchen, Bäcker und Konditoren, Maler, Radierer, Eisenbahner, Bildhauer, Gasten, Selbständige Ortsvereine, Gemeindegewerkschaften, Bauhandwerker, Drauer, Kellner, Maschinenisten, Hamburg, Wäger, Paraja, Eisenbahner, Württemberg, Bergarbeiter, Kesselschläger, Küfer.

Die Entwicklung ist nicht in allen Vereinen gleichmäßig erfolgt; einzelne Gewerksvereine haben sogar starke Verluste erlitten. Eigenartig berührt es, daß in der jährlichen Aufstellung, die die Gewerksvereine geben, neue Organisationen hinzukommen und andere fortbleiben, ohne daß in dem doch sonst recht reichlichen Kommentar darüber ein Wort verloren wird.

In weiblichen Mitgliedern verzeichnen die Gewerksvereine einen Zugang von 4270; deren Zahl betrug am Jahreschluß 22 865. Davon entfallen 5555 auf die Metallarbeiter, 3544 auf die Fabrikarbeiter, 4270 auf die Textilarbeiter, 707 auf die Holzarbeiter, 1000 auf die Lederarbeiter, 2024 auf die Schneider, 4300 auf die Labararbeiter, 853 auf den Gewerksverein der Frauen und Mädchen und 53 auf die Maler und Radierer.



